



GROSSUNTERNEHMER IN DER POLITIK REFORM DES POLITISCHEN SYSTEMS

■ ANALYSE		
Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik		2
Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Die ukrainischen Oligarchen in der Politik		6
<hr/>		
■ CHRONIK		
Konflikte in der Regierung Timoschenko		9
■ UMFRAGE		
Politische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung		13
■ UMFRAGE		
Haltung der ukrainischen Bevölkerung zum politischen System		16
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 13. bis zum 25. Mai 2008		20

*Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 10.6.2008.
Themen werden Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Parteien sein.*



Analyse

Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik

Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Einleitung

Der Begriff Oligarch beschreibt ausgehend von der antiken Definition der Oligarchie als Herrschaft der wenigen Reichen (Eigennütigen) unter anderem Großunternehmer, die ihr Vermögen benutzen, um politisch Einfluss zu nehmen. In diesem Kontext ist der Begriff Oligarch auch eng mit politischer Korruption assoziiert und wird vor allem bei der Analyse formal demokratischer Systeme mit autoritären Tendenzen verwendet, wie sie in Lateinamerika, Südostasien und seit den 1990er Jahren auch in Osteuropa zu finden sind. Der Begriff im engeren Sinne, wie er auch hier verwendet werden soll, umfasst damit nicht Politiker oder Staatsbedienstete, die ihren politischen Einfluss benutzen, um die Kontrolle über (staatliche) Wirtschaftsaktivitäten zu übernehmen.

In der Ukraine wurde der Einfluss von Oligarchen ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zunehmend als zentrales Merkmal des politischen Systems gesehen. Als es den Oligarchen im Jahre 2000 gelang im Parlament durch die Abwerbung von oppositionellen Abgeordneten eine pro-präsidentielle Mehrheit zu schaffen, wurde ihre Handlungsmacht offensichtlich. Für die Opposition wurden die Oligarchen zum Symbol der korrupten und undemokratischen Machtsicherungsstrategien von Präsident Leonid Kutschma. Eine zentrale Forderung der oppositionellen Proteste Ende 2004 waren deshalb die strafrechtliche Verfolgung der Oligarchen und die Trennung von Unternehmertum und Politik, die als Voraussetzung für eine Demokratisierung des politischen Systems verstanden wurden. Meinungsumfragen zeigen, dass die Ukrainer jedoch weiterhin an den starken politischen Einfluss egoistischer Interessengruppen in ihrem Land glauben, wie Grafik 1 auf Seite 6 zeigt. Hier soll nun analysiert werden, wie sich der politische Einfluss der Oligarchen in den letzten Jahren entwickelt hat.

Die Wirtschaftsmacht der Oligarchen

Der wirtschaftliche Aufstieg der ersten ukrainischen Oligarchen folgte Anfang der 1990er Jahre einem weitgehend einheitlichen Muster. Mit dem Beginn marktwirtschaftlicher Reformen begannen eine Reihe von Unternehmern in einer gesetzlichen Grauzone und teilweise auch durch illegale Aktivitäten erhebliche Gewinne zu erwirtschaften. Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit bildeten dabei zum einen Handelsaktivitäten und zum anderen Finanzgeschäfte. In beiden Fällen waren große Gewinne nur mit Hilfe politischer Unterstützung möglich. Regulierungs- und Kontrollbehörden mussten ein Auge zudrücken. Die Nationalbank gab Vorzugskredite. Staatliche Unternehmen wurden als Kunden gewonnen.

Die Gewinne aus Finanz- und Handelsaktivitäten investierten einige dieser Unternehmer in die Industrie, um Unternehmensbeteiligungen zu erwerben. Zum einen übernahmen sie im Zuge der Privatisierung staatliche Unternehmen. Zum anderen benutzten Handelsfirmen die Schulden ihrer Kunden, um deren Unternehmen im Rahmen von Konkursverfahren unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch hier war staatliche Unterstützung unverzichtbar. Die Privatisierung wurde in vielen Fällen durch die zuständigen staatlichen Behörden manipuliert. Auch die Konkursverfahren wurden häufig zugunsten der Handelsunternehmen beeinflusst.

In den meisten Fällen erwarben die Oligarchen alle Unternehmen, derer sie habhaft werden konnten. Im Ergebnis waren ihre Holdings ein Sammelsurium unterschiedlichster Geschäftstätigkeiten. Die Zusammenfassung in einer Verwaltungsstruktur brachte deshalb häufig kaum Effizienzgewinne, da die Unternehmen de facto weiterarbeiteten wie vor der Übernahme. Später entwickelten jedoch einige Holdings Investitionsschwerpunkte und versuchten hier systematisch Beteiligungen zu erwerben. Durch Konzentrationsprozesse und durch vertikale Integration, d. h. durch die Vereinigung von Zuliefer-, Produktions- und Absatzbereich, konnten sie Synergieeffekte erreichen. Dabei konzentrierten sich die Oligarchen auf die Branchen, die in der Ukraine mit Gewinn wirtschafteten. Dies waren vor allem die Metallindustrie, die Öl- und Gasindustrie sowie Teile des Maschinenbaus und der Nahrungsmittelindustrie. Die Profitabilität der meisten Unternehmen blieb jedoch stark abhängig von einer staatlichen Vorzugsbehandlung. Gleichzeitig blieben die Oligarchen aufgrund der juristischen Fragwürdigkeit einiger ihrer Geschäftstätigkeiten und auch vieler ihrer Unternehmensübernahmen angreifbar. Im Ergebnis lösten sich einige der Holdings genau so schnell wieder auf, wie sie entstanden waren.

Der Ende der 1990er Jahre einsetzende Wirtschaftsaufschwung führte gleichzeitig zum Aufstieg einiger neuer Oligarchen. Ihr Vermögen wuchs rasant. Dies führte zum einen zu einer Konsolidierung der Holdings, die strategische Präferenzen entwickelten und in vertikale Integration und Modernisierung investierten. Zum anderen begann eine Reihe von Holdings sich zunehmend in die globale Wirtschaft zu integrieren.

Nach Angaben der Zeitschrift Forbes, die 2004 noch keinen einzigen ukrainischen Milliardär verzeichnet hatte, gab es 2006 in der Ukraine bereits 7 Unternehmer mit einem Vermögen von mehr als 1 Mrd. US-Dollar. Insgesamt 29 Personen hatten nach einer Schätzung der ukrainischen Zeitschriften Korrespondent und Kyiv Post ein Vermögen von mindestens 200 Mio. US-Dollar. Auch wenn sich das Vermögen der ukrainischen Oligarchen sowohl aufgrund von Schachtelbeteiligungen als auch aufgrund schnell wechselnder Konjunkturen nicht eindeutig bestimmen lässt, so ist doch klar, dass sich in der Ukraine eine kleine Gruppe von Großunternehmern etabliert hat. Die Mehrheit von ihnen hat politische Verbindungen und entspricht damit der Definition des Oligarchen. Die Zeitschrift Korrespondent zählte 2007 insgesamt 18 Großunternehmer zu den 100 einflussreichsten Personen des Landes. Einen Überblick über die ukrainischen Oligarchen gibt Tabelle 1 auf Seite 6–7.

Die prominentesten Vertreter, die auch alle zu den von Forbes identifizierten Milliardären gehören, sind Rinat Achmetow mit seiner Donezker Holding SKM, Vitalij Hajduk und Serhij Taruta als Repräsentanten der ebenfalls in Donezk ansässigen ISD-Holding sowie Ihor Kolomojskij und Hennadij Bogoljubov von der Dnipropetrovker Privat-Gruppe und Viktor Pintschuk mit der ebenfalls in Dnipropetrovsk ansässigen Holding Interpipe.

Politische Einflussnahme

Der wirtschaftliche Aufstieg der Oligarchen vollzog sich in einer engen Symbiose mit der politischen Elite des Landes. Der unvollständige rechtliche Rahmen sowie die Korruptierbarkeit von Regulierungsbehörden und Gerichten machten politischen Schutz zu einer Voraussetzung für erfolgreiche Geschäftstätigkeit. Gleichzeitig konnte, wie oben dargestellt, der Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern auch für vorteilhafte Geschäftstätigkeit genutzt werden. Verbindungen zur politischen Elite waren also eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg der Oligarchen. Um diese Verbindungen abzusichern, wurden die meisten Oligarchen ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch selbst politisch aktiv. Dabei agierten sie jedoch nicht kollektiv, vielmehr rivalisierten sie um Einfluss und bildeten nur in Ausnahmefällen umfassende Koalitionen.

Die politische Einflussnahme der Oligarchen erfolgte dabei über drei Wege. Erstens erwarben sie Massenmedien, um über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung Zugang zur Politik zu erhalten. Zweitens entwickelten sie mit der politischen Elite (in der Regel regionale) Seilschaften, die auch den Zugang zur nationalen Politik ermöglichten. Drittens übernahmen sie selbst politische Ämter sowohl in der Exekutive als auch in der Legislative. Die Bedeutung der einzelnen Wege der Einflussnahme unterscheidet sich sowohl zwischen den Oligarchen als auch im Zeitverlauf.

Massenmedien

Großangelegtes privatwirtschaftliches Engagement im Bereich der Massenmedien begann Mitte der 1990er Jahre. Es zeigte sich jedoch, dass sowohl bei Konsumenten als auch bei Werbekunden die Nachfrage nicht ausreichte, um große Medienkonzerne profitabel zu führen. Entsprechende Versuche der Oligarchen Vadim Rabinovitsch und Oleksandr Volkov scheiterten Ende der 1990er Jahre. Die einzige Ausnahme ist Oleksandr Rodnjanskij, der sowohl in der Ukraine als auch in Russland einen Fernsehsender besitzt und darüber hinaus eine erfolgreiche Produktionsfirma betreibt. Etliche Oligarchen haben jedoch einzelne Medienunternehmen in ihre Mischholdings integriert.

Das Fernsehen ist in der Ukraine das zentrale Informationsmedium der Bevölkerung. Für die politische Einflussnahme der Oligarchen direkt relevant sind also vor allem Fernsehsender mit politischer Berichterstattung. Insgesamt 10 Sender haben bei politischen Nachrichten einen Zuschaueranteil von mehr als 2 %. Einen Überblick über die Sender und ihre Eigentümer gibt Tabelle 2 auf Seite 7.

Es zeigt sich, dass von den großen Oligarchen nur Pintschuk und mit Abstrichen Achmetow landesweit einen nennenswerten Einfluss auf die Medienberichterstattung nehmen können. Die Sender von Pintschuk kommen im Nachrichtenbereich zusammengenommen auf einen Zuschaueranteil von 21 % und sind damit gleich auf mit den von Rodnjanskij und Choroschkovskij dominierten Sendern. Umgekehrt ist aber auch zu konstatieren, dass über zwei Drittel der ukrainischen Fernsehzuschauer Nachrichtensendungen sehen, die direkt mit oligarchischen Interessen verbunden sind.

Im Printbereich gibt es nur vier Zeitungen mit politischer Berichterstattung, die eine Auflage von über 200.000 Exemplaren und damit eine breitere Wirkung erreichen. Im Besitz eines Oligarchen sind davon Fakty i Kommentarii (Pintschuk) sowie Segodnja (Achmetow).

Ausserdem betreiben die Oligarchen regionale Fernsehsender sowie auflagenschwächere Printmedien. Beide besitzen nur eine begrenzte Reichweite, können

aber besser auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet werden. Oligarchen mit starkem Bezug zu einer regionalen Seilschaft haben sich teilweise stark in regionalen Medien engagiert. SKM (Achmetow) publiziert eine Reihe regionaler Zeitungen im Donbass, die Privat-Gruppe (Kolomojskij, Bogoljubov) betreibt einen Fernsehkanal in Dnipropetrowsk. Überregionale Tageszeitungen und politische Zeitschriften dienen darüber hinaus als Kommunikationsorgan der politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie als Beleg der eigenen Seriosität im Informationsbereich. ISD (Hajduk, Taruta) publiziert gleich zwei renommierte Wirtschaftsjournale. Die Privat-Gruppe kontrolliert zusätzlich die Nachrichtenagentur UNIAN. Etliche Oligarchen betreiben auch Websites, die eher ein junges Bildungspublikum ansprechen.

Seilschaften

Die deutlich werdende Schwäche politischer Bewegungen und der gleichzeitige wirtschaftliche Aufstieg der Oligarchen Mitte der 1990er Jahre prägten die politische Strategie des 1994 gewählten Präsidenten Leonid Kutschma. Sein politisches Kalkül konzentrierte sich nicht mehr auf politische Lager, wie sie im Parlament weiter vertreten waren, sondern auf regionale Seilschaften. Vertreter der politischen Elite einer Region wurden in nationale Ämter nach Kiew berufen. Mit Hilfe ihrer neu gewonnenen Kompetenzen konnten diese Politiker dann die Unternehmer fördern, mit denen sie durch Seilschaften verbunden waren. Die Politiker scheinen dafür in der Regel am Gewinn der Unternehmer über politische Korruption beteiligt worden zu sein. Die regionalen Seilschaften nutzten ihren Einfluss auf Massenmedien und auf die politische Stimmung in ihrer Region, um die öffentliche Meinung zugunsten des Präsidenten zu beeinflussen.

Auf diese Weise profitierten alle Beteiligten vom Arrangement. Die regionalen Politiker erhielten einflussreiche Positionen auf der nationalen Ebene und Bestechungszahlungen der Unternehmer. Die Unternehmer erhielten eine Vorzugsbehandlung durch die Politik, die ihnen immense Gewinne bescherte. Und der Präsident erhielt Unterstützung für seinen Wahlkampf. Entscheidend für den Präsidenten war nun, so viele regionale Seilschaften zu integrieren, dass deren vereinigte Wahlkampfhilfe ausreichte, um die Präsidentschaftswahl zu gewinnen.

Für die Präsidentschaft Kutschmas wurde deshalb spätestens seit Ende der 1990er Jahre davon ausgegangen, dass die Oligarchen in der ukrainischen Politik nicht individuell agieren, sondern sich zu regionalen Clans zusammengeschlossen haben, die Akteure aus Wirtschaft und Politik vereinigen. Dabei wurden für die Ukraine drei regionale Clans mit Einfluss auf der

nationalen Ebene unterschieden. Erstens der Dnipropetrowsker Clan, der im Bereich der Wirtschaft von den Holdings Interpipe und Privatbank repräsentiert wurde und in der Politik neben Präsident Kutschma mehrere Ministerpräsidenten stellte. Zweitens der Donetsker Clan, der auf Seiten der Wirtschaft die Holdings der Industrial Union of Donbas und System Capital Management umfasste und auf der politischen Seite von der Donetsker Regionalverwaltung unterstützt wurde. Mit Viktor Janukowitsch, dem ehemaligen Gouverneur von Donetsk, ist der Clan seit 2002 auch in der national Politik präsent. Drittens wurde häufig noch der Kiewer Clan genannt, der wirtschaftlich die »Dynamo Kiew«-Gruppe stellte und in der Politik vor allem durch Viktor Medwedtschuk vertreten wurde, der 2002 zum Leiter der Präsidentschaftsverwaltung berufen wurde. Nach einer Analyse der ukrainischen InvestGazeta kamen 2003 insgesamt 49 % der Wirtschaftseliten aus einer dieser drei Regionen.

Es ist sicher zutreffend, dass die Oligarchen, die die 1990er Jahre erfolgreich überstanden, ihre Karriere in einer dieser drei Regionen begonnen hatten und politische Unterstützung vor allem von Politikern ihrer Region erhalten haben. Dabei sind enge und intransparente Beziehungen entstanden, die häufig politische Korruption beinhalten. Der Begriff des Clans kann aber eine Geschlossenheit und Kontinuität suggerieren, die in dieser Form nicht gegeben ist. Hinzu kommt, dass mit dem Ende der Amtszeit Kutschmas die Kiewer und Dnipropetrowsker Seilschaften ihren politischen Einfluss verloren haben. Damit kann nur noch für Donezk von einer einflussreichen regionalen Seilschaft gesprochen werden, die sich um Janukowitsch und Achmetow gruppiert.

Das Prinzip einer informellen Seilschaft zwischen Oligarchen und Politik, bei der Politiker die wirtschaftlichen Interessen der Oligarchen fördern und im Gegenzug durch politische Korruption finanziell partizipieren, erstreckt sich aber auch auf die Beziehungen zwischen einzelnen Oligarchen und für ihre Branche zuständigen Vertretern der Exekutive. Ein schillerndes Beispiel hierfür ist der Aufstieg von Firtasch nach der Orangen Revolution. Die Übernahme einer Monopolposition im ukrainischen Erdgasimport wurde sowohl von Janukowitsch als auch von Juschtschenko akzeptiert. Beide unterstützten auch die extrem undurchsichtige Gestaltung der Geschäftsbeziehungen und wahrten lange Zeit die Anonymität von Firtasch als Mehrheitseigner der Importfirma RosUkrEnergo.

Übernahme politischer Ämter

Um ihre Verbindung zur Politik zu stabilisieren, haben viele Oligarchen auch formale politische Ämter übernommen. Von den fünf größten Oligarchen-Holdings,

die alle sieben ukrainischen Milliardäre auf der Forbes-Liste 2007 stellen, ist nur die Privat-Gruppe nie formal in der Politik präsent gewesen. Von den 30 reichsten Ukrainern, die Korrespondent und Kyiv Post 2006 identifizierten, bekleidete etwa die Hälfte in den letzten Jahren Positionen in der nationalen Legislative oder Exekutive. Einen Überblick über die politischen Ämter der Oligarchen gibt Tabelle 3 auf Seite 8.

Während sich die regionalen Seilschaften und damit auch die Oligarchen bis 2004 um Präsident Kutschma gruppiert hatten, kam es nach dem Machtwechsel unter Präsident Juschtschenko zu einer Ausdifferenzierung. Einige Kutschma-nahe Oligarchen, wie Pintschuk und Jaroslavskij, zogen sich aus der Politik zurück. Die Donezker Seilschaft um Janukowitsch und die Partei der Regionen etablierte sich damit als eigenständige politische Kraft, die unter den Oligarchen insbesondere von Achmetow unterstützt wurde. Auf der anderen Seite erlangten nun Unternehmer politischen Einfluss und damit Oligarchen-Status, die Juschtschenko und Timoschenko unterstützt hatten, namentlich Poroschenko und Slobodjan. Hinzu kamen einige Oligarchen, die nach der Orangen Revolution das Lager wechselten, wie die Brüder Buriak, Chmelnyzkij (der 2006 erneut wechselte), Schpig und Zhevago.

Nach dem Machtwechsel befand sich so die Mehrheit der ukrainischen Oligarchen im orangen Lager und erhielt auch hier die Möglichkeit Abgeordnetenmandate zu übernehmen. Im Zuge der Parlamentswahlen 2006 und 2007 ist die Zahl der Oligarchen im Parlament aber deutlich zurückgegangen. Während Anfang 2006 noch 12 Oligarchen im Parlament repräsentiert waren (davon 8 aus dem orangen Lager), waren es nach der Parlamentswahl 10 (davon 7 aus dem orangen Lager) und nach den vorgezogenen Neuwahlen im September 2007 nur noch 8 (davon 5 aus dem orangen Lager).

Dies bedeutet aber nicht automatisch, dass der Einfluss der Oligarchen im Parlament schwindet. Vielmehr werden viele Oligarchen im Parlament durch enge Vertraute repräsentiert. So wurde der von der Privat-Gruppe eingesetzte Leiter des Unternehmens Ukrnafta, Ihor Palizja, bei den Parlamentswahlen 2007 auf der Liste von Unsere Ukraine ins Parlament gewählt. Mit

Andrei Portnow besaß die Privat-Gruppe gleichzeitig einen Repräsentanten auf der Wahlliste des Blocks Timoschenko, der ebenfalls einen Parlamentsitz erhielt. Juri Stez, ein führender Manager des 5. Fernsehkanals, der zur Unternehmensgruppe von Poroschenko gehört, kandidierte 2007 erfolgreich für Unsere Ukraine. Obwohl Achmetow 2007 erneut selbst für die Partei der Regionen kandidierte, setzte er auch die Kandidatur einer Reihe von Vertrauten durch. Neben Managern aus seiner Unternehmensgruppe gehörte dazu auch sein ehemaliger Chauffeur Vladimir Malzew. Ebenfalls auf der Liste der Partei der Regionen kandidierte der Sicherheitschef von Firtasch, Ivan Mirni. Beide schafften den Einzug ins Parlament.

Die Übernahme von Abgeordnetenmandaten durch Vertraute hat für die Oligarchen eine Reihe von Vorteilen. Erstens entziehen sie sich so der öffentlichen Aufmerksamkeit. Zweitens ermöglichen sie so ihren Parteien ein weniger interessengebundenes Image zu entwickeln (was insbesondere bei Unsere Ukraine im Wahlkampf 2007 von Bedeutung war). Drittens können sie so ihre Unternehmen selbst leiten, während ihnen als Abgeordneten unternehmerische Tätigkeit seit 2005 verboten ist. Viertens können sie ihren politischen Einfluss differenzieren, indem sie Vertreter in verschiedene politische Lager entsenden. Da die politische Macht seit 2005 zwischen verschiedenen Parteien umstritten ist, können die Oligarchen so unabhängig vom Ausgang des Machtkampfes ihren Einfluss sichern.

Andererseits besteht für die Oligarchen aber das Risiko, dass sie das Verhalten ihrer Vertrauten in der Politik nur begrenzt kontrollieren können. Diese können sich etwa von anderen politischen Kräften abwerben lassen oder auf eine eigenständige politische Karriere setzen. Aus analytischer Sicht ergibt sich zudem das Problem, dass beim politischen Engagement von Oligarchen nahestehenden Personen nicht eindeutig entschieden werden kann, ob diese Personen die Interessen der Oligarchen oder ihre eigenen Interessen (oder auch beide) vertreten. Der Einfluss der Oligarchen auf das Parlament wird damit nicht nur weniger direkt, sondern auch weniger fassbar.

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

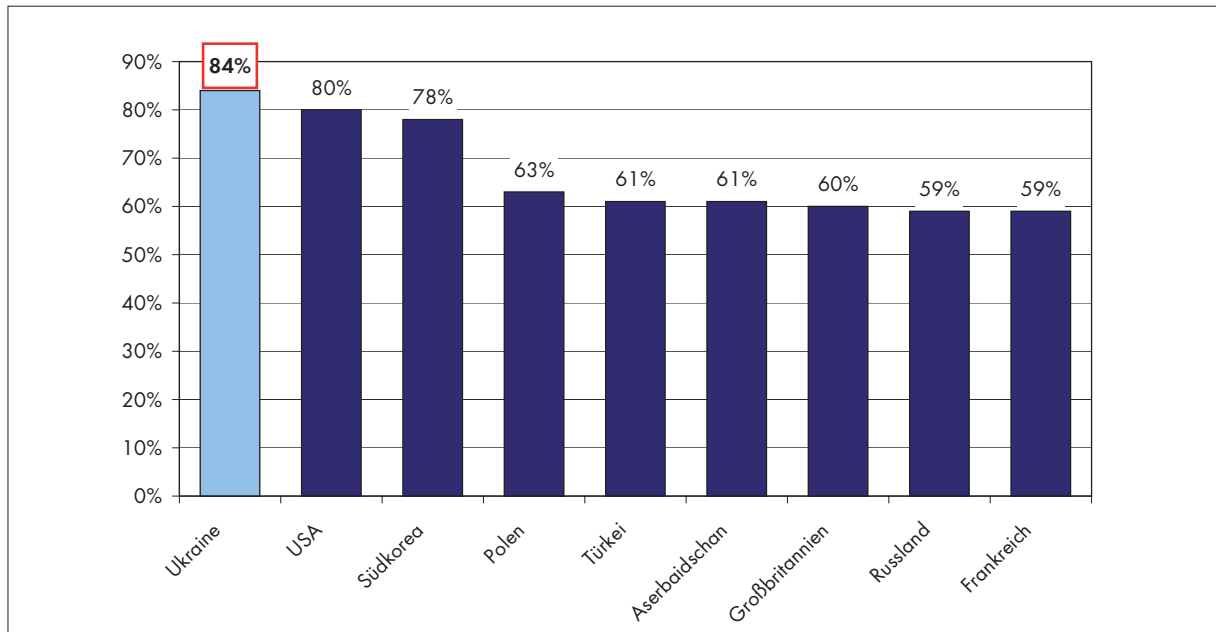
Lesetipps

- Sabine Fischer (Hg.): Ukraine. Quo Vadis?, Chaillot Paper No. 108 (Februar 2008), <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp108.pdf>
- Heiko Pleines: Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004, Münster (LIT) 2005

Tabellen und Grafiken zum Text

Die ukrainischen Oligarchen in der Politik

Grafik 1: Würden Sie insgesamt sagen, dass das Land von einigen wenigen Interessengruppen gelenkt wird, die sich um ihre eigenen Interessen kümmern? Zustimmung in %.



Quelle: Repräsentative Meinungsumfragen von WorldPublicOpinion.Org, Dezember 2007 bis Februar 2008, http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/may08/WPO_Governance_May08_packet.pdf

Tabelle 1: Die ukrainischen Oligarchen 2006 (in alphabetischer Reihenfolge)

Oligarch	Holding / Mutterfirma	Zentrale Geschäftsfelder	Geschätztes Vermögen (Mrd. US-Dollar)
Achmetov, Rinat	SKM (System Capital Management)	Schwerindustrie	11,8 / 7,2 / 4,0
Bogoljubov, Hennadij	Privat-Gruppe	Erdöl, Eisenindustrie, Finanzen	2,4 / - / 1,2
Bojko, Vladimir	Ilich Steel	Metallindustrie	- / 1,6 / -
Buriak, Serhij + Oleksander	Brokbiznesbank	Finanzen	0,4 / 0,7 / -
Chmelnizkij, Vasil	Kiev Investment Group	Immobilien, Kommunalwirtschaft	0,7 / 0,7 / -
Choroschkovskij, Valerij	Inter	Metallindustrie, Medien	0,9 / - / -
Hajduk, Vitalij	ISD (Industrial Union Donbas)	Schwerindustrie	1,7 / - / 2,0
Firtasch, Dmitro	Group DF / RosUkrEnergo	Erdgas, Chemie	1,4 / 2,4 / -
Jankovskij, Mikola	Stirol	Chemie	0,4 / - / -
Jaroslavskij, Oleksandr	Ukrsib	Finanzen, Maschinenbau, Chemie, Bau	0,7 / 1,3 / -

(Fortsetzung auf nächster Seite)

**Tabelle 1: Die ukrainischen Oligarchen 2006 (in alphabetischer Reihenfolge)
(Fortsetzung von vorheriger Seite)**

Oligarch	Holding / Mutterfirma	Zentrale Geschäftsfelder	Geschätztes Vermögen (Mrd. US-Dollar)
Kolomojskij, Ihor	Privat-Gruppe	Erdöl, Eisenindustrie, Finanzen	2,8 / 6,3 / 1,2
Landik, Valentin	Nord	Leichtindustrie	0,2 / - / -
Pintschuk, Viktor	Interpipe	Stahlindustrie	3,7 / 3,5 / 2,8
Poroschenko, Petro	Ukrprominvest	Nahrungsmittel, Fahrzeugbau	0,5 / 0,5 / -
Rodnjanskij, Oleksandr	1+1	Medien	0,2 / - / -
Schpig, Fedir	Aval (bis 2006)	Finanzen	0,3 / 0,7 / -
Slobodjan, Oleksandr	Obolon	Nahrungsmittel	0,3 / - / -
Taruta, Serhij	ISD (Industrial Union Donbas)	Schwerindustrie	1,7 / 3,1 / 2,0
Tihipko, Serhij	TAS Gruppe	Finanzen, Versicherungen	0,5 / - / -
Vasadze, Tariel	UkrAvto	Fahrzeugbau	- / - / -
Zhevago, Konstantin	Finansy i Kredit	Stahlindustrie, Maschinenbau	1,9 / 1,4 / 1,0

Anmerkung: Beim geschätzten Vermögen stammt (sofern vorhanden) die erste Zahl von den ukrainischen Zeitschriften Kyiv Post/Korrespondent, die zweite Zahl von der polnischen Zeitschrift Wprost und die dritte Zahl von der amerikanischen Zeitschrift Forbes.

Quellen: The 30 richest Ukrainians, Kyiv Post (Special Insert) 29. Juni 2006 (identisch mit: Top-30, Korrespondent Nr. 25 (214), 1. Juli 2006); Lista najbogatszych Europy środkowej i wschodniej 2006, Wprost Nr. 36 (1238), September 2006; Forbes Magazine 9. März 2007; InvestGazeta: Top-100 Reiting lutschschich kompanij Ukrainy, Kiew 2007 (Beilage: Biznes-Gruppy Ukrainy w 2007 godu); Top-100 samych wlijatelnich ukrainzew, Korrespondent Nr. 32 (271), 17. August 2007.

Tabelle 2: Zuschaueranteile bei Fernschnachrichten 2007

Fernsehsender	Eigentümer	Zuschaueranteil
Inter	Ukrainisch-russisches Konsortium ¹ (vertreten durch Choroschkowskij)	22 %
1+1	Rodnjanskij	20 %
STB	Interpipe (Pintschuk)	9 %
ICTV	Interpipe (Pintschuk)	7 %
Ukraina	SKM (Achmetov)	5 %
Novij Kanal	Interpipe (Pintschuk)	5 %
1. Kanal (Russland)	Russischer Staat	4 %
Era	Andrij Derkatsch ²	3 %
5. Kanal	Poroschenko	2 %
UT-1	Ukrainischer Staat	2 %
Sonstige	-	19,7 %

Anmerkungen: Zuschaueranteile für das erste Halbjahr 2007.

¹ Über die eigentlichen Eigentümer des Fernsehkanals Inter gab es regelmäßig Gerüchte. Im August 2007 wurde in der Presse allgemein eine anonyme Quelle zitiert, die einen Verkauf an Hajduk (ISD) und Firtasch (Group DF / RosUkrEnerg) vermeldete.

² Andrij Derkatsch war Aufsichtsratsvorsitzender von Energoatom und unterstützte bis 2007 die Sozialisten, anschließend wechselte er zur Partei der Regionen.

Quelle: GfK Ukraine (zitiert nach: Kommentarii Nr. 29–30 (87), 27. Juli 2007, S. 21).

Tabelle 3: Politische Ämter der Oligarchen

Oligarch	Parlamentsabgeordneter (Zeitraum, Partei)	Exekutive (Zeitraum, Position)
Achmetov, Rinat	Seit 2006 (Partei der Regionen)	-
Bogoljubov, Hennadij	-	-
Bojko, Vladimir	Seit 2002 (Kutschma-nahe Fraktionen, 2006–2007 Sozialisten)	-
Buriak, Serhij und Oleksander	Seit 2002 (Kutschma-nahe Fraktionen, seit 2006 Block Timoschenko)	-
Chmelnizkij, Vasil	Seit 1998 (Kutschma-nahe Fraktionen, seit 2005 Block Timoschenko, ab Dez. 2006 Partei der Regionen)	-
Choroschkovskij, Valerij	1998–2002 (Kutschma-nahe Fraktionen)	2002 stellv. Leiter der Präsidialverwaltung, 2002–2004 Wirtschaftsminister, 2006–2007 stellv. Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates
Hajduk, Vitalij	-	2000–2001 stellv. Energieminister, 2001–2002 Energieminister, 2002–2003 stellv. Ministerpräsident, 2006–2007 Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates
Firtasch, Dmitro	-	-
Jankovskij, Mikola	Seit 1998 (Kutschma-nahe Fraktionen, Partei der Regionen)	-
Jaroslavskij, Oleksandr	2002–2006 (nach Ausschluss aus Unsere Ukraine: Kutschma-nahe Fraktionen)	-
Kolomojskij, Ihor	-	-
Landik, Valentin	Seit 1994 (Kutschma-nahe Fraktionen, seit 2006 Partei der Regionen)	1993–1994 stellv. Ministerpräsident
Pintschuk, Viktor	1998–2006 (Arbeitspartei der Ukraine)	-
Poroschenko, Petro	1998–2007 (Vereinigte Sozialdemokraten, Partei der Regionen, seit 2002 Unsere Ukraine)	2002–2005 Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates
Rodnjanskij, Oleksandr	-	-
Schpig, Fedir	1998–2007 (Arbeitspartei der Ukraine, seit 2006 Unsere Ukraine)	-
Slobodjan, Oleksandr	Seit 1998 (Volksbewegung Ukraine, seit 2002 Unsere Ukraine)	-
Taruta, Serhij	-	-
Tihipko, Serhij	2000–2007 (Arbeitspartei der Ukraine)	1997–1998 stellv. Wirtschaftsminister, 1999–2000 Wirtschaftsminister
Vasadze, Tariel	Seit 2002 (Kutschma-nahe Fraktionen, seit 2005 Industriepartei, seit 2006 Block Timoschenko)	-
Zhevago, Konstantin	Seit 1998 (Kutschma-nahe Fraktionen, Regionen der Ukraine, seit 2006 Block Timoschenko)	-

Anmerkung: Aufgeführt sind alle Oligarchen aus Tabelle 1.

Quellen: *Chto e chto w Ukraini*, Kiew (KIS Verlag) 2007; *Top-100 samych wlijatelnych ukrainzew*, Korrespondent Nr. 32 (271), 17. August 2007; *The 30 richest Ukrainians*, Kyiv Post (Special Insert) 29. Juni 2006 (identisch mit: *Top-30*, Korrespondent Nr. 25 (214), 1. Juli 2006), Internetseite des ukrainischen Parlaments, http://gska2.rada.gov.ua/pls/site/p_deputat_list

Chronik

Konflikte in der Regierung Timoschenko

27.11.2007	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt in persönlichen Gesprächen die Bedenken von sieben Parlamentsabgeordneten gegen den Koalitionsvertrag mit dem Block Timoschenko ausräumen zu wollen. Die Abgeordneten hatten mit der Verweigerung ihrer Unterschrift die für die Eröffnungssitzung des Parlamentes geplante Bildung einer Regierungskoalition verhindert.
29.11.2007	Block Timoschenko und Unsere Ukraine formen im Parlament eine Koalition mit 227 von 450 Abgeordneten. Sie müssen nun eine neue Regierung bilden. Die Koalition, die in der Presse oft als »orange Koalition« bezeichnet wird, nennt sich selbst »demokratische Koalition«. Iwan Pljuschtsch, Fraktionsabgeordneter von Unsere Ukraine und ehemaliger Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, tritt der Koalition nicht bei.
06.12.2007	Präsident Viktor Juschtschenko nominiert Julia Timoschenko für das Amt der Ministerpräsidentin. Die Koalitionsvereinbarung von Block Timoschenko und Unsere Ukraine sieht vor, dass erst einige zentrale Gesetze verabschiedet werden sollen, bevor die Abstimmung über die Ministerpräsidentin folgt. Juschtschenko, der diese Regelung ursprünglich unterstützt hat, erklärt nun, dass diese Reihenfolge durch Spannungen bei einzelnen Gesetzesvorhaben dem »Geist der Konsolidierung« schaden könne.
11.12.2007	Bei der Parlamentsabstimmung über ihre Kandidatur als Ministerpräsidentin erhält Julia Timoschenko nur 225 von 450 Stimmen und damit eine Stimme zu wenig. Die Koalition aus Block Timoschenko und Unsere Ukraine verfügt im Parlament über 227 Sitze.
12.12.2007	Präsident Viktor Juschtschenko nominiert erneut Julia Timoschenko für das Amt der Ministerpräsidentin. Block Timoschenko und Unsere Ukraine fordern die Abgabe von Stimmzetteln, um Probleme mit dem elektronischen Abstimmungssystem zu vermeiden. Die Partei der Regionen verlangt zuerst eine Abstimmung über die zwei Vertreter des Parlamentspräsidenten und besetzt aus Protest die Rednertribüne.
18.12.2007	Julia Timoschenko wird vom Parlament mit 226 Stimmen, also genau der erforderlichen Mindeststimmzahl, zur Ministerpräsidentin gewählt. Ein Abgeordneter von Unsere Ukraine, Iwan Pljuschtsch, enthält sich der Stimme. Ein weiterer befindet sich im Krankenhaus. Die Abgeordneten der Opposition boykottieren die Abstimmung. Anschließend wird die Besetzung der Ministerposten in der neuen Regierungskoalition bestätigt. Oppositionsführer Viktor Janukowitsch bezeichnet eine Regierungskoalition mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen als nicht tragfähig. Er sagt »Krisen, politische Intrigen und Streitigkeiten vor allem im orangen Lager« voraus.
19.12.2007	Auf der ersten Kabinettsitzung der neuen Regierung kündigt Julia Timoschenko die Vorlage eines neuen Staatshaushaltes für 2008 und eine Überprüfung des Finanzgebahrens und der Privatisierungsprojekte der alten Regierung an. Außerdem sollen der Bevölkerung die Ersparnisse aus der Sowjetzeit erstattet werden. Dies war ein zentrales Wahlkampfversprechen des Blocks Timoschenko.
27.12.2007	Präsident Viktor Juschtschenko verfügt per Erlass die Einrichtung eines Nationalen Verfassungsrates. Dieser soll eine Revision der Verfassung vornehmen und Änderungen oder eine neue Verfassung vorschlagen. Die Mitglieder des Rates sollen bis zum 15. Januar von verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräften nominiert werden. Den Vorsitz des Rates will Juschtschenko selbst übernehmen.
18.01.2008	Auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates kommt es zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen Innenminister Juri Luzenko und dem Kiewer Bürgermeister Leonid Tschernowez. Präsident Viktor Juschtschenko fordert die Generalstaatsanwaltschaft auf, den Vorfall zu untersuchen.

20.01.2008	In einem Fernsehinterview erklärt Präsident Viktor Juschtschenko, dass er das Gesetz über den Staatshaushalt 2008 nicht unterschreiben werde, falls das Haushaltsdefizit mehr als 2 % betragen sollte. Er begründet dies mit seiner Verantwortung für die Inflationsbekämpfung.
22.01.2008	Präsident Viktor Juschtschenko fordert die Fraktionsführungen bei einem gemeinsamen Treffen auf, Kandidaten für den Nationalen Verfassungsrat zu nomieren. Die Einrichtung des Verfassungsrates hatte Juschtschenko am 27.12.2007 per Erlass verfügt. Die Nominierungen hätten bis zum 15.1. erfolgt sein sollen.
25.01.2008	Die Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen gegen Innenminister Juri Luzenko wegen leichter Körperverletzung auf. Luzenko war auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 18.1. in eine handgreifliche Auseinandersetzung mit dem Kiewer Bürgermeister Leonid Tschernowezki geraten. Die Partei der Regionen kündigt die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses an und fordert den Rücktritt von Luzenko.
6.02.2008	Die Regierung entlässt per Verordnung die Vorsitzende des Fonds für Staatsvermögen, Valentina Semenuk, und alle ihre Stellvertreter wegen Amtsmissbrauch insbesondere zur Manipulation von Privatisierungen. Der Regierungserlass wird vom Präsidenten am folgenden Tag annulliert, da laut Verfassung das Parlament dafür zuständig ist.
7.02.2008	Der russische Erdgaskonzern Gazprom erklärt, dass Lieferungen an die Ukraine innerhalb einer Woche eingestellt würden, falls die Ukraine nicht ihre Schulden begleiche und ein neues Lieferabkommen unterzeichne. Die Verhandlungen mit dem staatlichen ukrainischen Energiekonzern Naftohaz Ukraini am folgenden Tag enden ohne Ergebnis. Der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Alexei Miller, bittet anschließend Präsident Viktor Juschtschenko sich persönlich um die Lösung des Problems zu kümmern.
11.02.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko lehnt die russischen Bedingungen für den Erdgashandel ab: »Ich erkläre offiziell, dass sich die Regierung auf diese Erpressung durch RosUkrEnerg und UkrGasEnerg nicht einlässt.«
12.02.2008	Präsident Viktor Juschtschenko trifft in Moskau seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin. Die beiden einigen sich auf eine Beilegung des Streites um den Erdgashandel. Die außenpolitische Orientierung insbesondere im Hinblick auf den von der Ukraine angestrebten NATO-Beitritt wird kontrovers diskutiert.
19.02.2008	Sechs prominente Parlamentsabgeordnete der Fraktion Unsere Ukraine erklären ihren Austritt aus dem Wahlblock. In der Vorwoche war bereits Viktor Baloha, der Leiter der Präsidialadministration, aus dem Wahlblock Unsere Ukraine ausgetreten. Sie begründen ihren Austritt damit, dass der Wahlblock sich zu weit von der Position von Präsident Viktor Juschtschenko entfernt habe. Gerüchten zufolge soll Baloha die Gründung einer neuen präsidentennahen Partei im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen planen. Die Regierungskoalition ist durch die Parteiaustritte der Parlamentsabgeordneten aber nicht gefährdet, da sie Mitglieder der Fraktion von Unsere Ukraine bleiben. Präsident Viktor Juschtschenko erklärt am Folgetag, der Beschluss zum Austritt sei eine Reaktion auf das Versagen des Wahlblocks Unsere Ukraine sich, wie vor der Parlamentswahl vereinbart, zu einer Partei zusammenzuschließen.
26.02.2008	Der russische Erdgaskonzern Gazprom droht der Ukraine mit Lieferkürzungen von 25 %, falls nicht umgehend neue Lieferverträge für 2008 unterzeichnet würden und die noch ausstehenden Schulden beglichen würden. In der Ukraine kommt es zu gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Präsident Viktor Juschtschenko, der Regierung und den Zwischenhändlern UkrGazEnerg und RosUkrEnerg.
06.03.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt, dass der Ausschluss von Zwischenhändlern die zentrale Bedingung von Naftohaz Ukraini in den Verhandlungen mit Gazprom über ein Lieferabkommen für 2008 sei. Sie wirft Präsident Viktor Juschtschenko vor, bei seinen Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über die Erdgasversorgung der Ukraine falsche Zugeständnisse gemacht zu haben. Der Präsident widerspricht am Folgetag dieser Darstellung und veröffentlicht den Präsidialerlass zu den Verhandlungen mit Russland.

10.03.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt auf einer Veranstaltung in Brüssel, dass sie eine Stärkung der Position des Präsidenten im Zuge der aktuellen Verfassungsdebatte für unmöglich hält. Die Verfassung müsse reformiert werden, durchsetzbar sei aber allein die konsequente Umsetzung eines parlamentarischen Systems.
13.03.2008	Nachdem eine Regierungskommission schwere Vorwürfe der Korruption und Misswirtschaft gegen den Kiewer Bürgermeister Leonid Tschernowezki erhoben hat, fordert die Regierung von Präsident Viktor Juschtschenko seine Entlassung. Tschernowezki wirft der Regierung vor, aus politischen Gründen eine Farce zu inszenieren. Präsident Viktor Juschtschenko suspendiert Tschernowezki per Erlass für 15 Tage von seinem Amt und setzt eine Untersuchungskommission ein, die in diesem Zeitraum die Vorwürfe klären soll.
16.03.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt, dass ihre Partei Parlamentssitzungen boykottieren werde, solange das Parlament nicht über eine Resolution über vorgezogene Lokalwahlen in Kiew abstimmt. Die Opposition wirft Timoschenko vor, auf diese Weise eine Abstimmung über das Regierungsprogramm umgehen zu können. Der Leiter der Präsidialadministration, Viktor Baloha, fordert Timoschenko auf, die Kiewer Politik den vorgegebenen gesetzlichen Regeln zu überlassen.
18.03.2008	Mit den Stimmen der Regierungskoalition und des Blocks Litwin verabschiedet das Parlament den von Präsident Viktor Juschtschenko eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Regierung in erster Lesung. Der Entwurf gibt dem Präsidenten gegenüber der Regierung und dem Parlament erheblich größere Vollmachten als das im Vorjahr von der Regierung Janukowitsch gegen das Veto des Präsidenten in Kraft gesetzte Gesetz. Ebenfalls mit den Stimmen der Regierungskoalition und des Blocks Litwin spricht sich das Parlament unter Bezugnahme auf die Korruptionsvorwürfe gegen Bürgermeister Leonid Tschernowezki für vorgezogene Lokalwahlen in Kiew aus.
26.03.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko äußert sich sehr zufrieden über die Bilanz ihrer Regierung nach den ersten 100 Tagen im Amt. Sie kritisiert das Parlament für seine fehlende Zustimmung zum bereits im Januar vorgelegten Regierungsprogramm. Die Präsidialverwaltung zieht ebenfalls eine positive Bilanz, empfiehlt der Regierung aber mehr Bescheidenheit bei der Selbstbewertung und mehr Objektivität bei der Analyse der Vorgängerregierung.
10.04.2008	Der Leiter der Präsidialverwaltung, Viktor Baloha, erklärt, dass die Haltung des Blocks Timoschenko in der Landfrage eine Annäherung an die Opposition und einen offenen Konflikt mit dem Präsidenten anzeige. Die Regierung unter Julia Timoschenko hatte nach einem Veto von Präsident Viktor Juschtschenko erneut eine Verordnung zur Versteigerung von Grundstücken, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden, erlassen.
14.04.2008	Ein Treffen der Regierungskoalition aus Block Timoschenko und Unsere Ukraine kann die Koalitionskrise nicht beilegen. Der Leiter von Unsere Ukraine, Wjatscheslaw Kirilenko, erklärt, dass die Koalition gerettet werden kann, wenn der Block Timoschenko auf die Einrichtung einer Parlamentskommission zur Verfassungsreform verzichtet. Die Diskussion über die Forderung des Blocks Timoschenko nach einer Entlassung des Leiters der Präsidialadministration, Viktor Baloha, wird von den Teilnehmern kontrovers interpretiert.
16.04.2008	Aus Protest gegen eine »Verleumdungskampagne« von Präsident Viktor Juschtschenko gegen die Regierung verlassen die Abgeordneten des Blocks Timoschenko die Parlamentssitzung. Der Fraktionsvorsitzende des Blocks Timoschenko, Iwan Kirilenko, erklärt, dass der Präsident mit seinem Veto die Regierungsarbeit, insbesondere im Bereich der Korruptionsbekämpfung, blockiere. Der Koalitionspartner Unsere Ukraine teilt in einer Presseerklärung mit, dass die entsprechenden Verordnungen Alleingänge des Blocks Timoschenko und rechtlich nicht zulässig seien. Am Rande der Sitzung des Europarates erklärt Ministerpräsidentin Julia Timoschenko in einem Interview, dass die Ukraine durch eine Verfassungsreform in eine parlamentarische Republik umgewandelt werden solle.
17.04.2008	Der Block Timoschenko fordert, dass der ukrainische Präsident, Viktor Juschtschenko, die Arbeit der Regierungskoalition, insbesondere hinsichtlich der Antikorruptionsprogramme, nicht länger blockieren soll. Die Pro-Juschtschenko Volksunion, Unsere Ukraine, weist die Kritik zurück.

18.04.2008	Das Verfassungsgericht entscheidet, dass die Bevölkerung erst das Recht habe, in einem Referendum über Verfassungsreformen zu entscheiden, wenn das Parlament entsprechende Durchführungsbestimmungen im Rahmen einer Verfassungsänderung verabschiedet habe. Andernfalls habe ein entsprechendes Referendum nur unverbindlichen Charakter.
22.04.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko äußert gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass die Ursache für die Blockade der Regierungsarbeit durch Präsident Viktor Juschtschenko in den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010 liege. Timoschenko erklärt, dass Juschtschenko sie als Konkurrentin betrachtet. Dieser Konkurrenzkampf solle aber die durchzuführenden Reformen in ihrem Land nicht behindern, so Timoschenko.
23.4.2008	Präsident Viktor Juschtschenko vertagt die Sitzung des Verfassungsrates auf unbestimmte Zeit. Formaler Anlass ist eine entsprechende Bitte von Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk aufgrund von Gesundheitsproblemen. Juschtschenko hatte die Einsetzung des Verfassungsrates Ende Dezember 2007 verfügt, um eine Verfassungsreform ausarbeiten zu lassen. Die entsprechende Arbeitsgruppe des Verfassungsrates hatte einen Entwurf am Vortage fertiggestellt. Vertreter des Blocks Timoschenko werfen Juschtschenko vor, den Verfassungsrat blockieren zu wollen, da seine Vorschläge die Vollmachten des Präsidenten einschränken. Juschtschenko erklärt am Folgetag auf einer Pressekonzferenz, dass die Vorschläge des Blocks Timoschenko zur Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems gefährlich seien. »Wenn von einer parlamentarischen Republik geredet wird, dann steht dabei in Klammern: die Republik der Ministerpräsidentin. Das ist eine große Gefahr für unsere Kinder, für unsere Zukunft. Ich bin fest davon überzeugt, dass in einer Transformationsphase die präsidentielle Regierungsform effektiver ist.«
25.4.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko ernennt erneut Andrij Portnow zum Leiter des Fonds für Staatsvermögen. Der Streit zwischen Regierung und Präsident um die Leitung des Fonds eskaliert damit. Die Regierung hatte die alte Leiterin, Valentina Semenuk, nach Vorwürfen von Korruption und Ineffizienz bereits Anfang Februar entlassen und durch Portnow ersetzt. Präsident Viktor Juschtschenko hatte die Entlassung damals annulliert, da sie gesetzlich nur vom Parlament vorgenommen werden könne. Ein Kiewer Gericht hatte diese Argumentation anschließend abgelehnt. Juschtschenko verfügt jedoch erneut einen Erlass, der die Ernennung Portnows annulliert. Timoschenko fordert Portnow auf, die Präsidentialerlasse zu ignorieren. Laut Verfassung stehen Präsidentialerlasse aber über Regierungsverordnungen.
29.4.2008	Der Block Timoschenko fordert die Entlassung des Generalstaatsanwaltes, nachdem dieser sich (im Sinne der Position von Präsident Viktor Juschtschenko) gegen die Regierungsverordnung zur Umsetzung der Leitung des Fonds für Staatsvermögen durch die Regierung gestellt hatte.
7.5.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt, dass sie davon ausgehe, dass bereits in der nächsten Woche ein Gesetzentwurf für eine Verfassungsreform in das Parlament eingebracht werde.
10.5.2008	Prominente Vertreter des Blocks Timoschenko, darunter der stellvertretende Ministerpräsident Alexander Turschinow, warnen den Präsidenten, dass eine Auflösung des Verfassungsgerichtes, deren Planung ihm unterstellt wird, legal nicht möglich sei und zu einer schweren politischen Krise führen werde.
12.5.2008	Der Konflikt zwischen Regierungskoalition und Präsident eskaliert erneut. Der Block Timoschenko erklärt, die Rednertribüne des Parlamentes blockieren zu wollen, wenn nicht umgehend über die Besetzung der Leitung des Fonds für Staatsvermögen debattiert werde. Juri Luzenko vom Block Selbstverteidigung des Volkes, dem Schwesterblock von Unsere Ukraine, fordert den Rücktritt des Leiters der Präsidentialverwaltung, Viktor Baloha.
13.5.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wirft der Präsidentialverwaltung vor, durch eine Manipulation der Tagesordnung des Parlaments die Abstimmung über Gesetze zur Inflationsbekämpfung zu verhindern. Sie unterstellt, dass dies darauf zurückzuführen sei, dass die Präsidentialverwaltung im Gesetz über die Regierung eine stärkere Stellung des Präsidenten durchsetzen wolle. Um eine Abstimmung über die Gesetze zur Inflationsbekämpfung durchzusetzen, blockiert der Block Timoschenko die Rednerbühne des Parlaments.

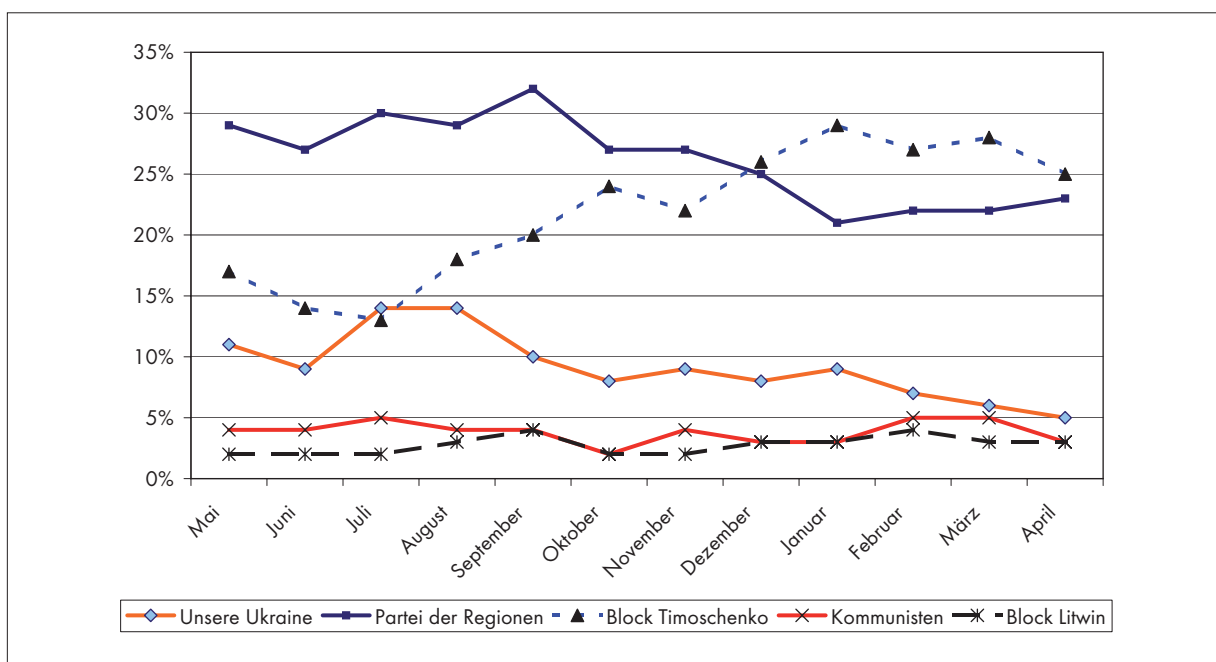
15.5.2008	Der Fraktionsvorsitzende des Blocks Timoschenko, Iwan Kirilenko, wirft dem Block Unsere Ukraine vor, <i>de facto</i> nicht mehr zur Regierungskoalition zu gehören. Er erklärt: »Weiterhin <i>de iure</i> an der Macht, aber <i>de facto</i> in der Opposition zu sein, ist schon nicht mehr lustig.« Er äußert implizit den Verdacht, dass sich Unsere Ukraine der Partei der Regionen annähern wolle.
16.5.2006	Mit den Stimmen der Regierungskoalition und des Blockes Litwin nimmt das Parlament die vom Präsidenten eingebrachte Fassung des Gesetzes über die Regierung mit einer Reihe von Änderungen an. Das Gesetz wird am Folgetag von Präsident Viktor Juschtschenko unterschrieben. Gegenüber der vorherigen Fassung des Gesetzes vom Dezember 2006 werden die Kompetenzen des Präsidenten ausgeweitet.
19.5.2008	Die Generalstaatsanwaltschaft leitet gegen den von der Regierung eingesetzten, aber vom Präsidenten wieder abgesetzten, Leiter des Fonds für Staatsvermögen, Andrij Portnow, ein Verfahren wegen illegaler Privatisierung ein. Die Regierung verschiebt daraufhin die geplante Privatisierung des Hafens von Odessa. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wirft Präsident Viktor Juschtschenko vor, mit der Eskalation des Konfliktes die Regierungskoalition sprengen zu wollen.
20.5.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt, dass es derzeit in der Ukraine zwei Regierungskoalitionen gäbe. <i>De iure</i> existiere weiterhin die demokratische Koalition aus Block Timoschenko und Unsere Ukraine, faktisch agiere jedoch eine Koalition »aller oligarchischen Vereinigungen«, die die Partei der Regionen und Teile der Regierungskoalition umfasse. Sie wirft gleichzeitig Präsident Viktor Juschtschenko und der Generalstaatsanwaltschaft vor, die daraus resultierende Korruption zu decken.

Umfrage

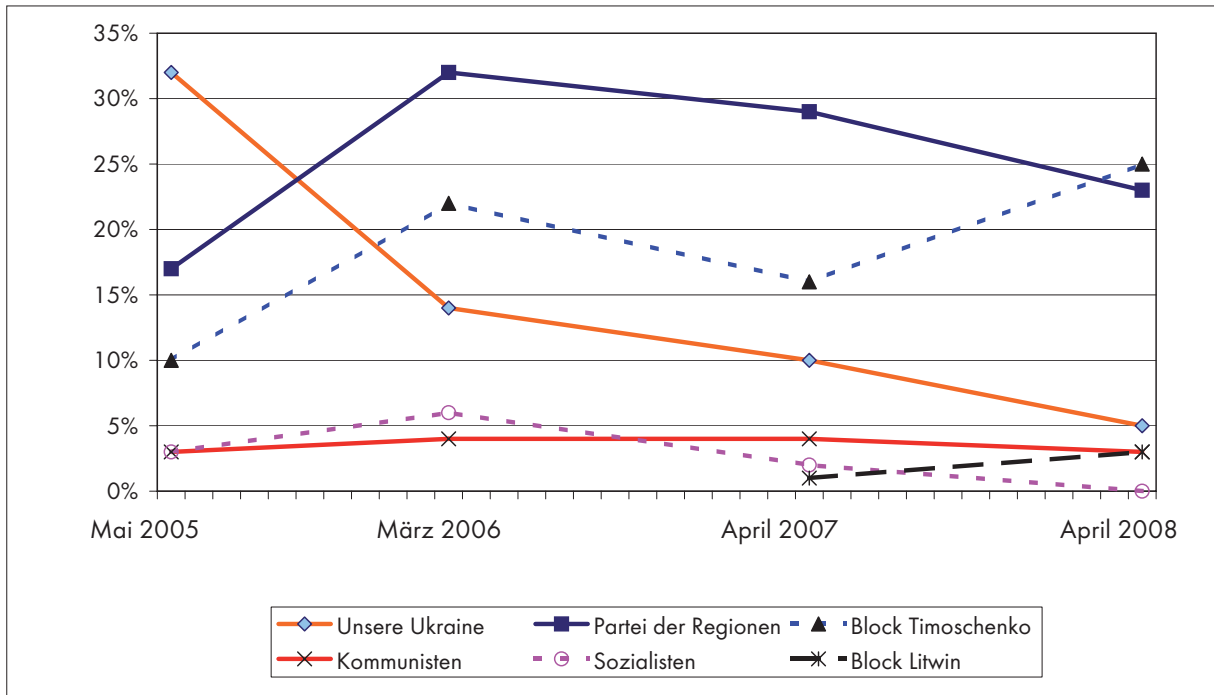
Politische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung

Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

**Grafik 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären?
Kurzfristige Trends Mai 2007 bis April 2008**

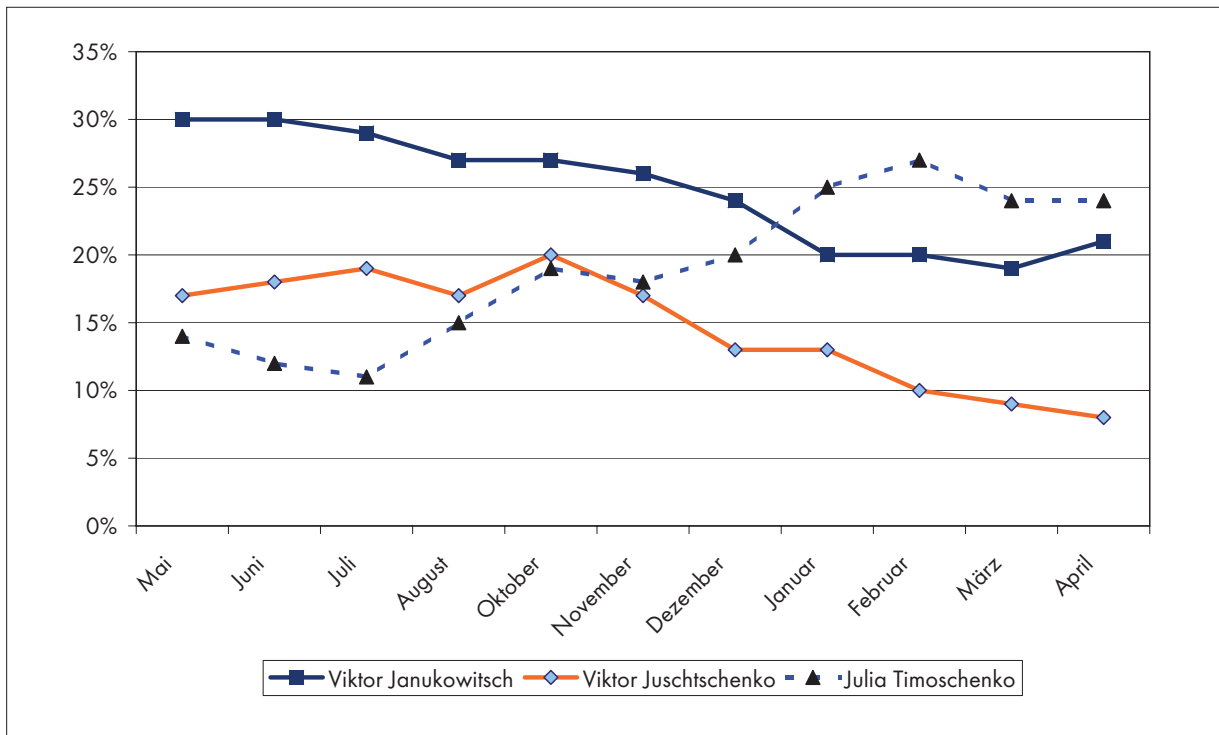


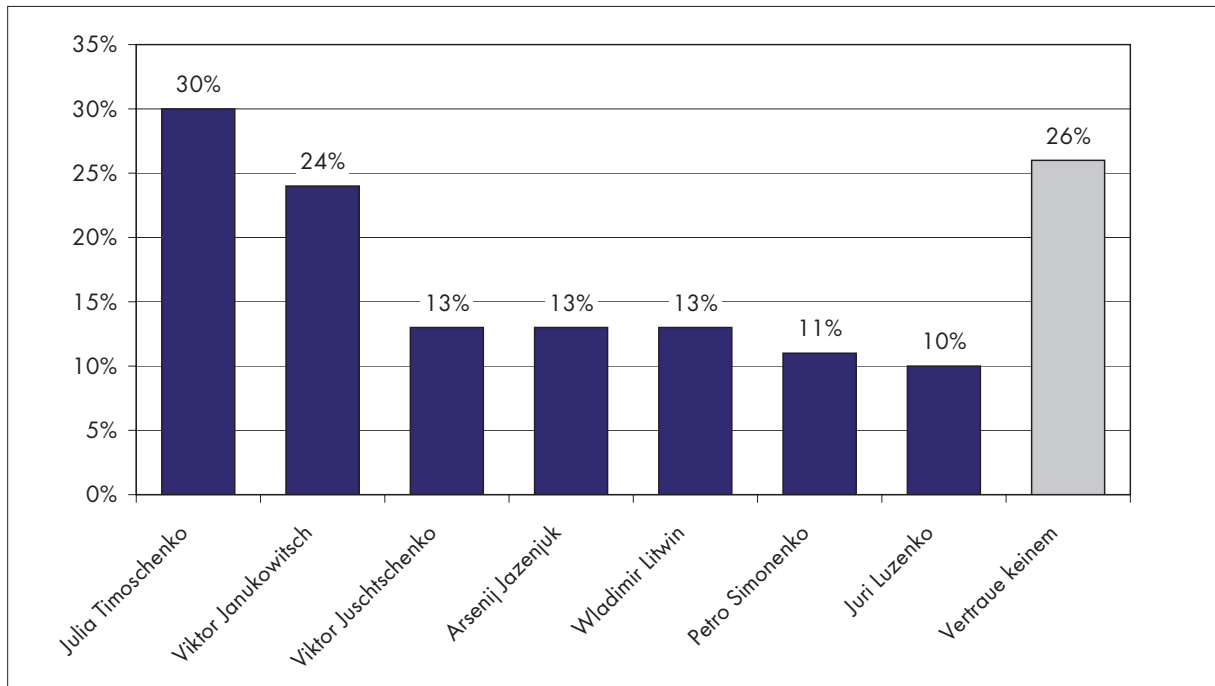
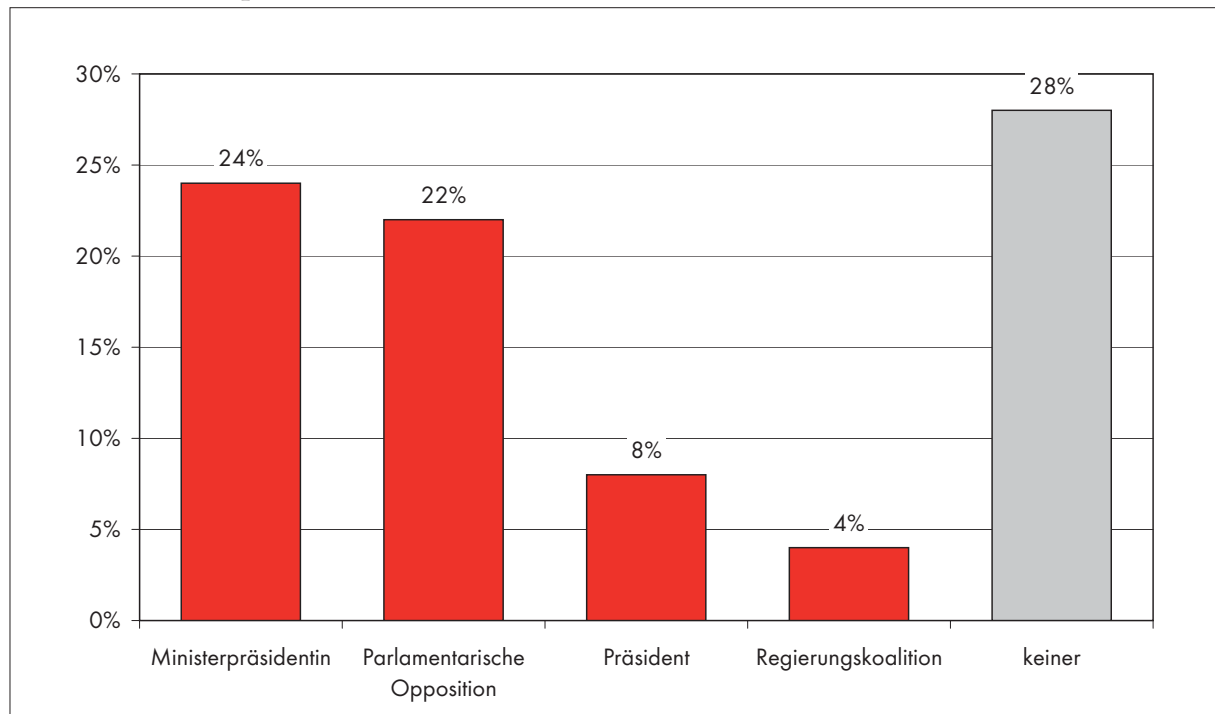
Grafik 2: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären? Langfristige Trends 2005–2008

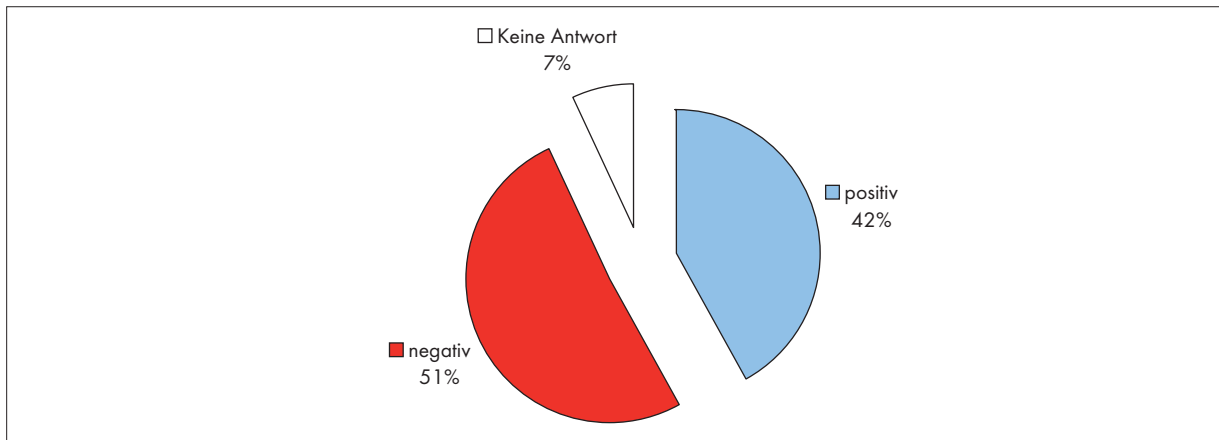
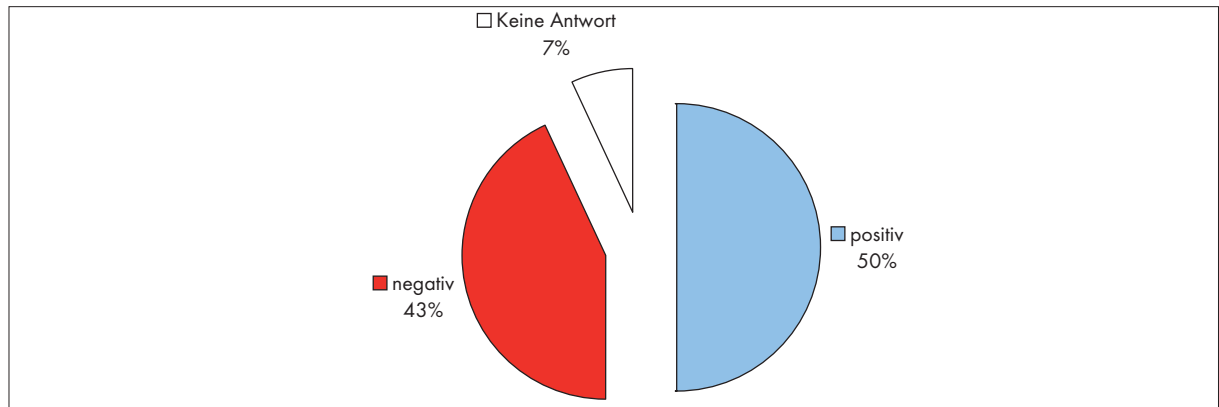


Anmerkung: Zahlen für März 2006 entsprechen dem Wahlergebnis.

Grafik 3: Welchen ukrainischen Politiker würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahl wäre? Kurzfristige Trends Mai 2007 bis April 2008

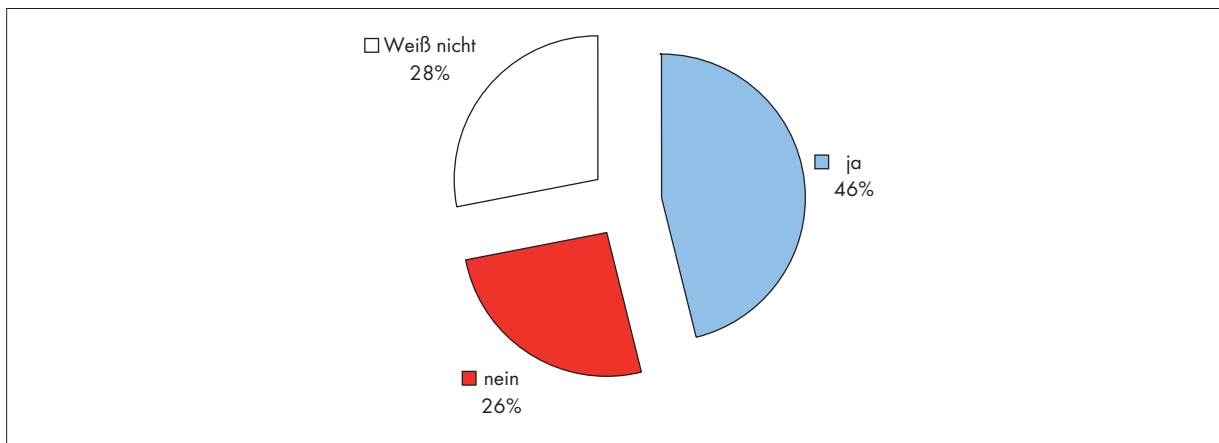


Grafik 4: Welchen ukrainischen Politikern vertrauen Sie? (beliebig viele Antworten)

Grafik 5: Welcher politischen Kraft in der Ukraine vertrauen Sie derzeit am meisten?


Grafik 6: Wie bewerten Sie die Arbeit von Viktor Juschtschenko als Präsident?

Grafik 7: Wie bewerten Sie die Arbeit von Julia Timoschenko als Ministerpräsidentin?


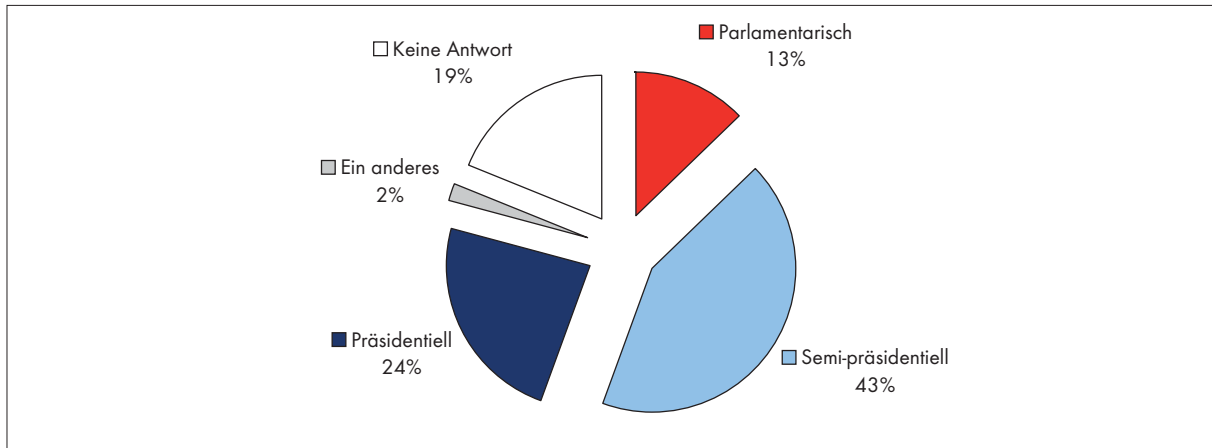
Umfrage

Haltung der ukrainischen Bevölkerung zum politischen System

Grafik 1: Was meinen Sie, braucht die Ukraine eine Verfassungsreform oder nicht?


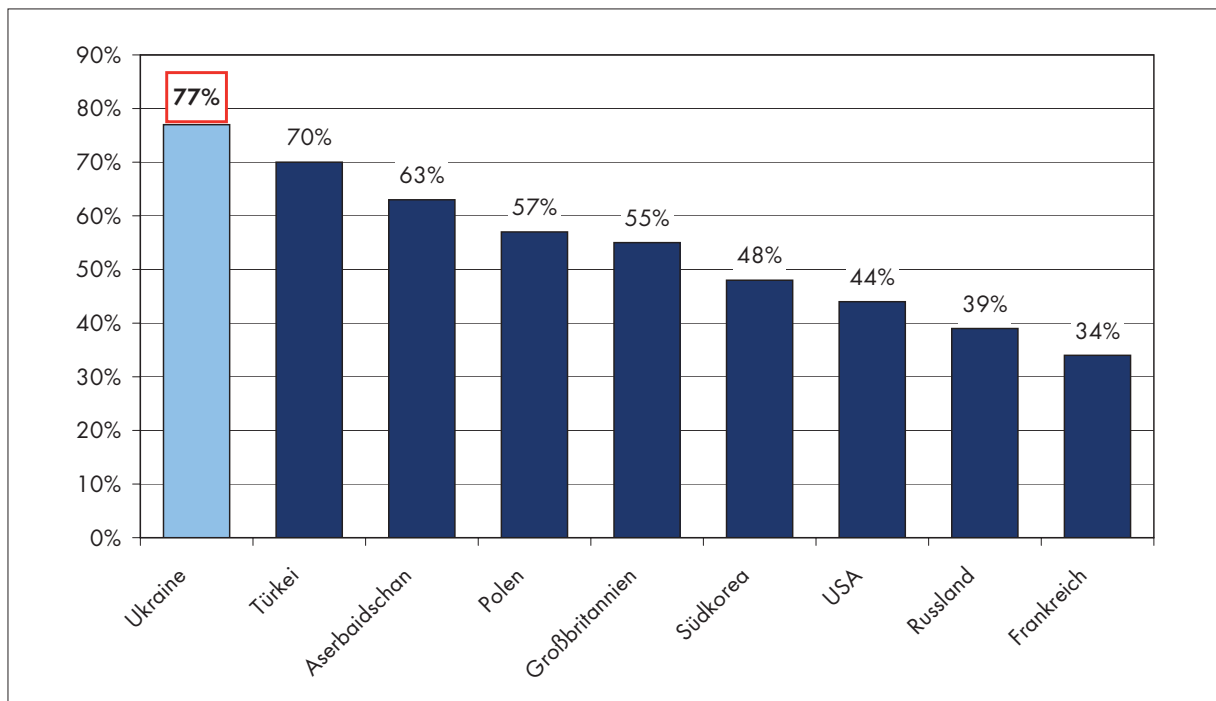
Quelle: Repräsentative Umfrage des FOM-Ukraina, April 2008, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du080401#Abs13

Grafik 2: Welches Regierungssystem sollte die Ukraine haben? Ein parlamentarisches, ein semi-präsidentielles oder ein präsidentielles?



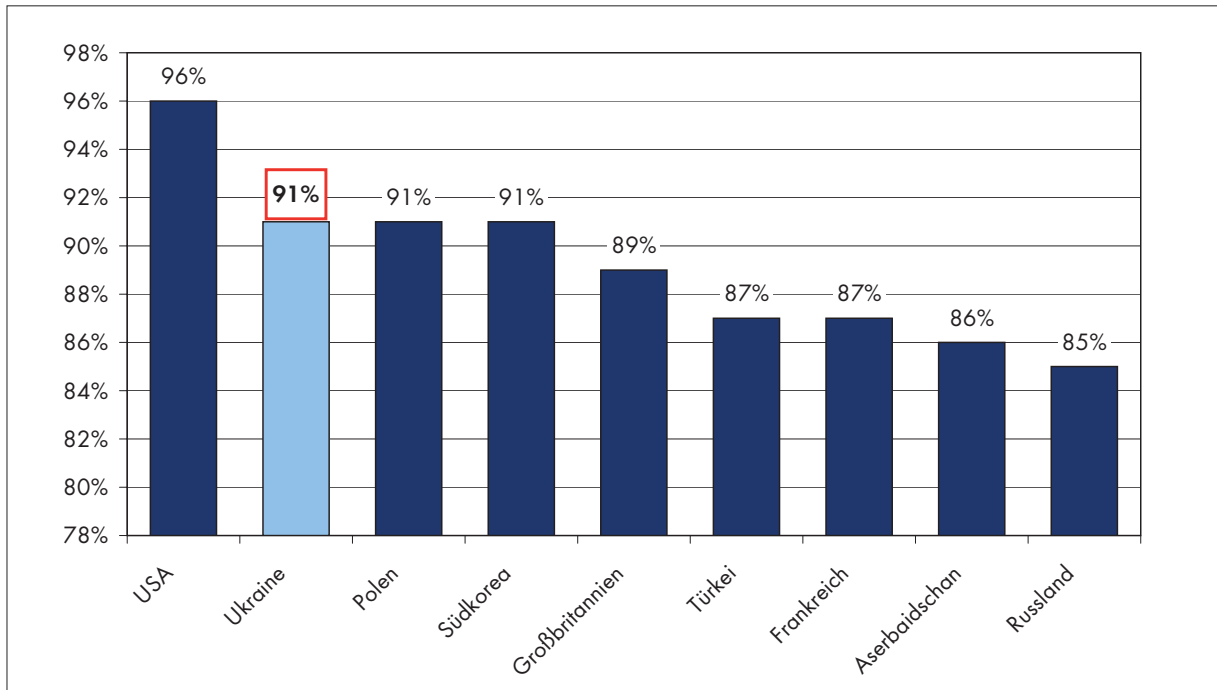
Quelle: Repräsentative Umfrage des FOM-Ukraina, April 2008, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du080401#Abs13

Grafik 3: Der Wille der Bevölkerung sollte die Grundlage für die Macht der Regierung sein. Starke Zustimmung in %



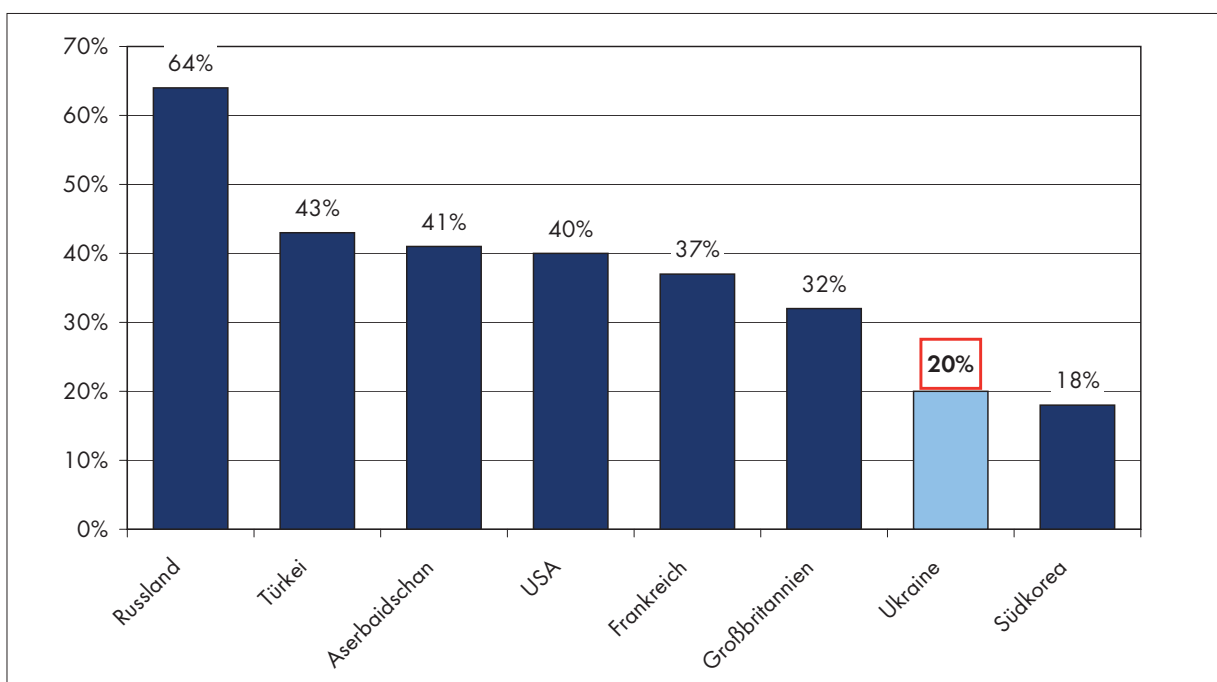
Quelle: Repräsentative Umfragen von WorldPublicOpinion.Org, Dezember 2007 bis Februar 2008, http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/may08/WPO_PressFreedom_May08_packet.pdf

Grafik 4: Sollten die Leiter der Regierung in allgemeinen und freien Wahlen oder auf andere Weise bestimmt werden? Zustimmung zu demokratischen Wahlen in %.



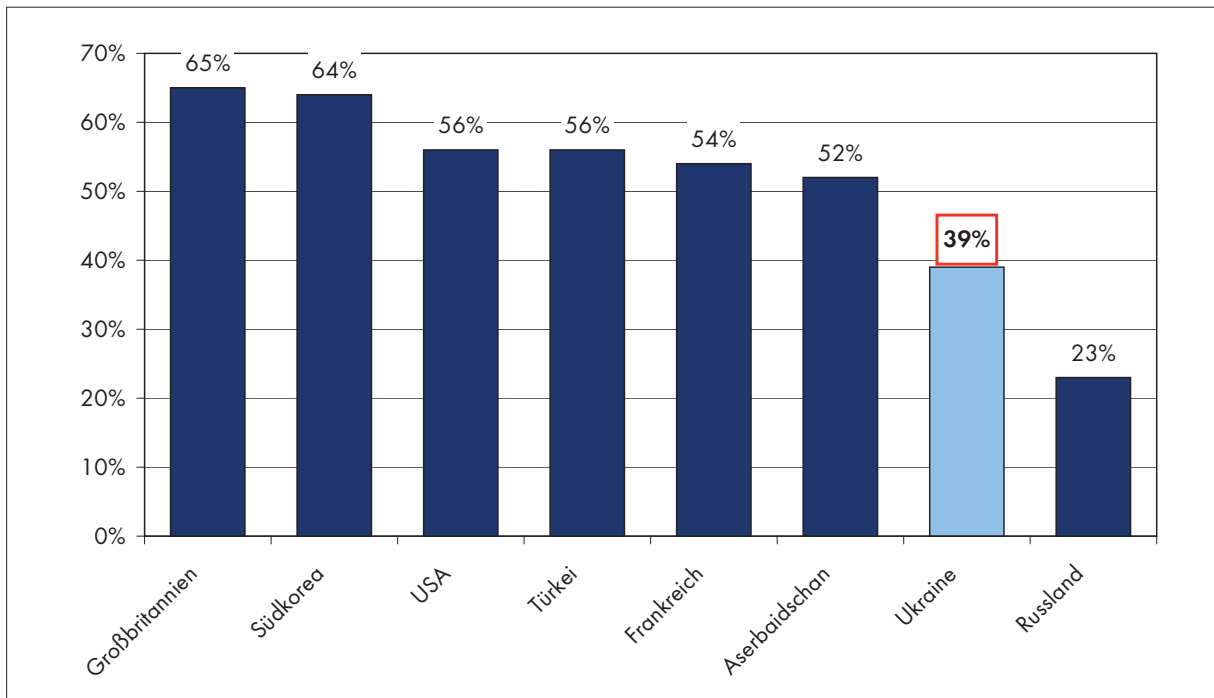
Quelle: Repräsentative Umfragen von WorldPublicOpinion.Org, Dezember 2007 bis Februar 2008, http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/may08/WPO_PressFreedom_May08_packet.pdf

Grafik 5: Was glauben Sie, wie oft Sie Ihrer Regierung vertrauen können, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen? Zustimmung zu »fast immer« und »meistens« in %.



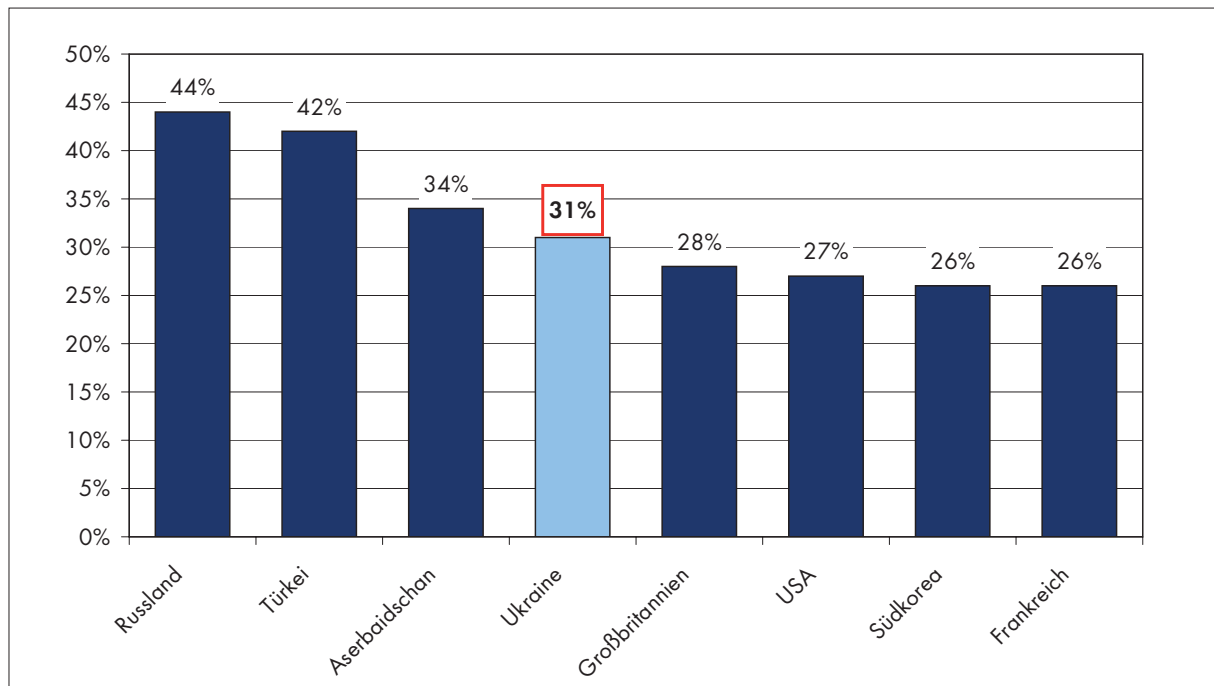
Quelle: Repräsentative Umfragen von WorldPublicOpinion.Org, Dezember 2007 bis Februar 2008, http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/may08/WPO_PressFreedom_May08_packet.pdf

Grafik 6: Wie wichtig ist es für die Medien Nachrichten und Meinungen ohne staatliche Kontrolle zu veröffentlichen. Zustimmung zu »sehr wichtig« in %.



Quelle: Repräsentative Umfragen von WorldPublicOpinion.Org, Dezember 2007 bis Februar 2008, http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/may08/WPO_PressFreedom_May08_packet.pdf

Grafik 7: Die Regierung sollte das Recht haben, den Medien die Publikation von Meldungen zu verbieten, die es für politisch destabilisierend hält. Zustimmung in %.



Quelle: Repräsentative Umfragen von WorldPublicOpinion.Org, Dezember 2007 bis Februar 2008, http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/may08/WPO_PressFreedom_May08_packet.pdf

Chronik
Vom 13. bis zum 26. Mai 2008

13.5.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wirft der Präsidialverwaltung vor, durch eine Manipulation der Tagesordnung des Parlaments die Abstimmung über Gesetze zur Inflationsbekämpfung zu verhindern. Sie unterstellt, dass dies darauf zurückzuführen sei, dass die Präsidialverwaltung im Gesetz über die Regierung eine stärkere Stellung des Präsidenten durchsetzen wolle. Um eine Abstimmung über die Gesetze zur Inflationsbekämpfung durchzusetzen, blockiert der Block Timoschenko die Rednerbühne des Parlaments.
16.5.2006	Mit den Stimmen der Regierungskoalition und des Blockes Litwin nimmt das Parlament die vom Präsidenten eingebrachte Fassung des Gesetzes über die Regierung mit einer Reihe von Änderungen an. Das Gesetz wird am Folgetag von Präsident Viktor Juschtschenko unterschrieben. Gegenüber der vorherigen Fassung des Gesetzes vom Dezember 2006 werden die Kompetenzen des Präsidenten ausgeweitet.
16.5.2008	In seiner Rede zur Lage der Nation nennt Präsident Viktor Juschtschenko als wichtigste Aufgaben die Verfassungsreform, die Justizreform und die Korruptionsbekämpfung.
16.5.2008	Präsident Viktor Juschtschenko fordert die Regierung auf, bis Juli mit Russland eine Einigung über die Erdgasversorgung der Ukraine für 2009 und die Folgejahre zu erzielen.
16.5.2008	Das Parlament führt per Gesetz Preisobergrenzen für einzelne Nahrungsmittel, darunter Brot sowie verschiedene Fleisch- und Gemüsesorten, ein.
19.5.2008	Die Generalstaatsanwaltschaft leitet gegen den von der Regierung eingesetzten, aber vom Präsidenten wieder abgesetzten, Leiter des Fonds für Staatsvermögen, Andrij Portnow, ein Verfahren wegen illegaler Privatisierung ein. Die Regierung verschiebt daraufhin die geplante Privatisierung des Hafens von Odessa. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wirft Präsident Viktor Juschtschenko vor, mit der Eskalation des Konfliktes die Regierungskoalition sprengen zu wollen.
19.5.2008	Die lokale Kiewer Wahlkommission fordert Präsident Viktor Juschtschenko auf, sie vor Druck im Vorfeld der Lokalwahlen zu schützen.
20.5.2008	Innenminister Juri Luzenko erklärt, dass er aus dem Urlaub zurückgekehrt sei, weil er ein gewaltsames Szenario bei den Kiewer Lokalwahlen befürchte.
20.5.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt, dass es derzeit in der Ukraine zwei Regierungskoalitionen gäbe. <i>De iure</i> existiere weiterhin die demokratische Koalition aus Block Timoschenko und Unsere Ukraine, faktisch agiere jedoch eine Koalition »aller oligarchischen Vereinigungen«, die die Partei der Regionen und Teile der Regierungskoalition umfasse. .
21.5.2008	Der Nationale Sicherheitsrat fordert die Regierung auf, innerhalb von zwei Monaten einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Abzug der russischen Schwarzmeerflotte von der Krim nach dem Auslaufen des derzeitigen Vertrages im Jahre 2017 regelt.
21.5.2008	Die Regierung erklärt den einseitigen Ausstieg aus dem Abkommen mit der amerikanischen Firma Vanco. Der stellvertretende Ministerpräsident Alexander Turtschinow wirft der Firma vor, mit Unterstützung von Präsident Viktor Juschtschenko in Korruption verwickelt zu sein. Vanco hatte in einer von der Regierung Janukowitsch organisierten Ausschreibung im April 2006 das Recht zur Erschließung von Erdölfeldern im Schwarzen Meer erworben. Vanco erklärt, vor ein internationales Schiedsgericht ziehen zu wollen, falls mit der ukrainischen Regierung keine gütliche Einigung erreicht werde.
21.5.2008	Nach ihrem WTO-Beitritt am 16. Mai 2008 wird die Ukraine Mitglied der Arbeitsgruppe, die über den russischen WTO-Beitritt verhandelt. Die ukrainische Regierung will mit der russischen Seite über den Marktzugang ukrainischer Produkte in Russland verhandeln, erklärt aber gleichzeitig, den russischen WTO-Beitritt nicht verzögern zu wollen.
25.5.2008	In Kiew finden vorgezogene Lokalwahlen statt. Die Bürger bestimmen sowohl den Bürgermeister als auch die Zusammensetzung des Stadtrates. Die Wahlbeteiligung liegt knapp unter 55 %. Nach Auszählung von 886 der insgesamt 1026 Wahlbezirke liegt Amtsinhaber Leonid Tschernowezki mit 37,69 % wohl unaufholbar vor Alexander Turtschinow vom Block Timoschenko sowie Witali Klitschko mit 19,07 % bzw. 17,69 %. Tschernowezkis Wahlblock liegt gleichzeitig auch bei den Stadtratswahlen vorne.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de